**AGENDA 2012** 

# FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE





#### **Vorwort**

Die SP Thurgau wird sich auch in den nächsten Jahren für eine sozialere, ökologischere und gerechtere Gesellschaft einsetzen. Wir arbeiten weiter auf eine Gesellschaft hin, welche auf einem Miteinander statt einem Gegeneinander aufgebaut ist. Wir wollen nicht, dass in unserem Parlament Politik nach Sonderinteressen und für einige wenige Privilegierte gemacht wird.

Wir wollen jene Wählerinnen und Wähler vertreten, welche nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Wir wollen im Thurgau eine Politik der Zukunft mit Hoffnung und Perspektiven. Ein Leben ohne Angst und Ausgrenzung ist für alle, unabhängig der kulturellen Herkunft, der Religion, der sexuellen Orientierung oder des Einkommens möglich. Wir stehen ein für eine Politik unter dem Motto: «Für alle statt für wenige».

Mit unserer Agenda 2012, welche Sie in den Händen halten, haben wir zehn konkrete Ideen formuliert, wie wir dieses Ziel zusammen mit Ihnen erreichen wollen. Nach den nächsten vier Jahren werden Sie uns daran messen können, ob wir diese Punkte im Grossen Rat eingebracht und uns für Ihre Anliegen eingesetzt haben.

Die 10 Punkte in unserer Agenda 2012 sind ein Versprechen. Mit Ihnen zusammen bringen wir unsere Gesellschaft weiter.

Barbera Ken

Barbara Kern, Parteipräsidentin

## Wir wollen erneuerbare Energien statt Atomstrom.

1.

Die Schweiz hat den Atomausstieg beschlossen. Das war nötig und richtig. Aber der Verbrauch und die Emmissionen bleiben zu hoch. Der Strommix ist viel zu atomlastig und die Förderung erneuerbarer und CO<sup>2</sup>-neutraler Energien bleibt ungenügend. Die SP Thurgau will, dass der Kanton mit beispielgebenden (Um-)Bauten, griffigen Energierichtplänen und dem Label «EnergieStadt» in allen Gemeinden handelt und die Senkung des Energieverbrauchs beschleunigt.

Der Kanton Thurgau soll spätestens ab 2025 keinen Atomstrom mehr beziehen. Um das zu erreichen, muss die SP-Cleantech-Initiative umgesetzt werden. Gemeinsam mit der Wirtschaft muss ein kantonales Impulsprogramm durchgesetzt werden: Solartechnologie auf möglichst vielen Dächern, heimische Holzreserven verstärkt nutzen, Wasser-Kleinkraftwerke reaktivieren und energiebewusstes (Um-) Bauen verstärken. Die 2000-Watt-Gesellschaft wird politische Richtschnur.

Wir fordern, dass das Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau (EKT) mit dieser Förderung von alternativen Energien massgebend dazu beiträgt, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden und es seine Verantwortung als Axpo-Aktionär wahrnimmt.

Wenige Jahre nach dem Volksnein zur T14 und zur Umfahrung Kreuzlingen sind schon wieder die neu-alten Strassen Bodensee-Thurtal-Strasse und Ober-Land-Strasse auf dem Tapet. Neue Fakten gibt es nicht und Alternativen werden nicht beachtet. Die SP Thurgau wehrt sich gegen diese Zwängerei. Wir setzen auf eine nachhaltige Verkehrspolitik: vermindern, verbessern, verlagern. Das heisst: den motorisierten Individualverkehr beschränken, den öffentlichen Verkehr bevorzugen und den Langsamverkehr fördern.

Zwei parallele Verkehrssysteme auf engstem Raum sind ökologisch und finanziell auf Dauer nicht tragbar. Wir fordern, dass der Kanton das Gesamtverkehrskonzept so umsetzt, dass der öffentliche Verkehr und die ökologische Mobilität gefördert werden.

Das Problem im Thurgau ist nicht der Durchgangsverkehr, sondern der Ziel- und Quellverkehr an den belasteten Punkten wie Amriswil, Weinfelden und Kreuzlingen Ost. Dort, wo vereinzelt ein Durchgangsverkehrsproblem besteht, spricht sich die SP für punktuelle, ortsbezogene Umfahrungen aus. Wir fordern, dass die Bodensee-S-Bahn und der Halbstundentakt zwischen den Zentren zügig realisiert werden, um so die Pendlerströme in den Griff zu bekommen.

2.

Wir wollen nachhaltige Mobilität für alle statt Hochleistungsstrassen auf Vorrat.

## Wir wollen Steuergerechtigkeit für alle statt Steuergeschenke für Reiche.

3.

Kanton und Gemeinden benötigen finanzielle Mittel, damit Schulen, Spitäler, der öffentliche Verkehr und die Versorgung mit Wasser und Strom funktionieren und die Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleistet ist. Dazu zieht der Staat Steuern ein.

Diese müssen sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit richten. Sie sollen durchaus einkommensregulierend wirken. Wir finden es gerecht, dass Besserverdienende mehr Steuern bezahlen. Pauschalsteuern und Einheitssteuersätze lehnen wir ab. Von Steuersenkungen sollen alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in gleicher Weise profitieren und nicht nur ein paar wenige Reiche. Der Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden wirkt ruinös. Die Unterschiede der Gesamtsteuerfüsse, die heute bei über 50 Prozent liegen, sollen mit einer Neuregelung des Finanzausgleichs auf maximal 20 Prozent reduziert werden.



**Theresa** 26, Logistikerin

Ja

SP

Die Finanzkrise bewirkte 2008 den grössten Wirtschaftseinbruch in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg.

Als Folge davon wurde auch im Thurgau die Kurzarbeit schnell eingeführt. Die Kantone hatten jedoch nicht genügend Arbeitsbeschaffungsprojekte zur Bekämpfung der Krise. Die SP Thurgau erwartet vom Regierungsrat eine vorausschauende Politik und die Erarbeitung einer detaillierten und konkreten Strategie in Wirtschaftskrisen.

Wir fordern, dass das zuständige Departement für Inneres und Volkswirtschaft über eine umfangreiche, fortlaufend aktualisierte Liste von ausführungsreifen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in Wirtschaftskrisen verfügt.

Wir wollen das Mitspracherecht der Bevölkerung und der Arbeitnehmenden in unseren Unternehmen stärken. Auch die Wirtschaft muss demokratisiert werden, indem der Kanton einerseits Genossenschaften fördert, andererseits in seinen Betrieben das Mitbestimmungsrecht stärkt.

Wir wollen, dass das Lohnverhältnis von 1:12 (inklusive Boni) für die kantonalen Betriebe wie beispielsweise die Thurgauer Kantonalbank oder die Spital Thurgau AG ebenfalls im Leistungsauftrag festschrieben wird.

4.

Wir wollen nachhaltige Wirtschaftspolitik statt kurzfristiges Gewinndenken. Die Familienstrukturen haben sich der Zeit und der Lebenswirklichkeit angepasst. Die moderne, globalisierte Welt stellt uns vor Herausforderungen. Die SP Thurgau will eine Politik für alle Generationen anbieten und die Probleme angehen, bevor sie brennend werden.

Wir schaffen für die Jugendlichen Entwicklungsraum und setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildungen erhalten.

Wir vertreten die Grundhaltung, dass jede Form von familiärem Zusammenleben respektiert wird.

Mit einkommensabhängigen, von der öffentlichen Hand subventionierten Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung, mit guten Kinder- und Ausbildungszulagen, einer durchwegs unentgeltlichen Volksschule und der Forderung nach Mutterschaftsbeihilfen sowie einem Vaterschaftsurlaub schaffen wir Lebensgrundlagen, die es allen ermöglichen, eine Familie zu gründen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für uns eine Grundvoraussetzung für zufriedene Familien und für echte Gleichstellung, insbesondere was bezahlte und unbezahlte (Teilzeit-) Arbeit betrifft. So hat der Kanton hier eine Vorreiterposition einzunehmen: Die kantonale Verwaltung und die staatsnahen Betriebe wie die Thurgauer Kantonalbank und die Spital Thurgau AG sollen per Leistungsauftrag verpflichtet werden, den Anteil an Frauen in Kaderpositionen zu erhöhen und Kindertagesstätten anzubieten.

5.

### Wir wollen aktive Familienförderung statt Steinzeitdenken.





Die Leute werden immer älter, die globalisierte Welt stellt uns vor Herausforderungen. Der Druck auf die Sozialversicherungen wie AHV, IV und ALV wird immer grösser, was gerade für handicapierte Personen Probleme schafft. Die SP Thurgau kämpft für den Erhalt der Sozialversicherungen und setzt sich dafür ein, dass die Errungenschaften des Sozialstaates den aktuellen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen angepasst werden.

Wir gestalten das Modell von Freiwilligenarbeit neu und setzen uns politisch für dessen Umsetzung ein.

Wir entwickeln und unterstützen den aktuellen Bedürfnissen angepasste Angebote für Seniorinnen und Senioren.

Wir unterstützen die Pflege zu Hause und die stationäre Betreuung und Pflege dort, wo sie nötig ist und sorgen dafür, dass diese bezahlbar bleibt.

Wir erarbeiten und unterstützen neue, kreative Lösungen für Menschen in der zweiten Lebenshälfte in Bezug auf Wohnformen, gemeinsame Pflege und Begegnungsmöglichkeiten. Wir verlangen vom Kanton, dass er die (Re-)Integration von Arbeitslosen und handicapierten Personen in den Arbeitsmarkt aktiv fördert und solche Stellen schafft.

Wir wollen, dass der Kanton Strukturen schafft, die die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern und persönliche Integrationsbemühungen unterstützen.

Wir wollen Menschen verbinden statt gegeneinander ausspielen.

6.

### Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle statt «Drillschule» von gestern.

7.

Die Bildung im Kanton Thurgau hat einen hohen Stellenwert und eine hohe Qualität. Auf die Einbindung der an der Schule Beteiligten (Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden und Eltern) wird Wert gelegt. Gleichzeitig wird den Gemeinden die notwendige Freiheit zur lokalen Entwicklung gewährt. Die Förderung der Kinder und Jugendlichen kann aber nur gelingen, wenn Eltern und Schule zusammenarbeiten. Dazu braucht es eine verstärkte Förderung der Elternbildung.

Die SP Thurgau unterstützt einen bedarfsgerechten Ausbau der familien- und schulergänzenden Betreuung in enger Zusammenarbeit mit den Eltern. Nur wenn es gelingt, die Tagesstrukturen für schulpflichtige Kinder zu verbessern, entstehen gerechte Chancen für alle. Wir sind überzeugt, dass die Förderung der Kinder bereits im Vorschulalter beginnen muss.

Noch immer gibt es zu viele Schulabgänger, die keine Alternative haben, noch immer gibt es zahlreiche Lehrabbrüche. Zur Verbesserung der Situation müssen die Übergänge zwischen den einzelnen Stufen optimiert werden. Die Chancen für alle Kinder und Jugendliche durch individuelle Förderung sind bis zum Eintritt ins Erwerbsleben zu verbessern.

Wir fordern eine Optimierung der beruflichen Vorbereitung an der PHTG, damit die jungen Lehrpersonen den Schritt in den Schulalltag besser meistern können. Die Stellung und das Ansehen der für die Schülerinnen und Schüler verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere der Klassenlehrpersonen, müssen gestärkt werden.

Unser Kulturland wird verbaut und dennoch wird die Wohnungsnot grösser. Trotz Bauboom ist es für weite Kreise der Bevölkerung schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die SP Thurgau fordert sozialen Wohnungsbau und genossenschaftliches Bauen.

Wir verlangen, dass der Kanton Art und Geschwindigkeit des Baubooms wirkungsvoller steuert, höhere Baudichten und Bauqualität vorschreibt und verkehrsintensive Einkaufsund Logistikzentren an Siedlungsrändern untersagt. Er soll gemeindeübergreifende Gewerbezonen und die Entwicklung von kantonalen und regionalen Zentren fördern. Bei Einzonungen soll endlich genügend Mehrwert abgeschöpft werden, beispielsweise zur Finanzierung von Rückzonungen. Auf weite Sicht sollen keine neuen Einzonungen gemacht werden.

8.

Wir finden, dass eine intakte Natur unser Kapital, unser Naherholungsgebiet ist. Aus diesem Grund müssen auch Altlasten saniert werden. Die kleinen Schutz- und ökologischen Ausgleichsflächen (inklusive Waldreservate) sollen ausgedehnt und der Naturpark Seerücken aktiv gefördert werden.

## Wir wollen Siedlungsraum verdichten statt Kulturland verbauen.

Sicherheit bieten wollen heisst auch immer Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und für eine erfolgreiche Integration. Mehr Sicherheit bedeutet auch mehr Präventivmassnahmen und Polizeipräsenz.

Die SP Thurgau fordert in der Steuerverwaltung mehr Ressourcen für die Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkriminalität. Wir fordern auch genügend Mittel für die Bekämpfung der Internetkriminalität. Die fachliche Aus- und Weiterbildung der Polizei und Behördemitglieder muss gezielt den gesellschaftlichen Herausforderungen angepasst werden.

Programme für Gewaltprävention und Kommunikation müssen im Lehrplan integriert werden. Die SP Thurgau verlangt in den Polizeikorps einen spezialisierten, namentlich sozialpädagogisch ausgebildeten und ausreichend dotierten Jugenddienst mit JugendsozialarbeiterInnen und StreetworkerInnen. Auch Eltern und Sozialdienste müssen in den Dialog mit einbezogen werden.

9.

Gewalt umfasst viele Bereiche. Wir wollen, dass ausreichend Beratungsstellen ausgebaut und erhalten werden und Frauenhäuser gefördert und geschützt werden.

Wir wollen mehr Sicherheit durch Prävention statt durch Repression.

## Wir wollen Zugang zu den öffentlichen Gewässern für alle statt nur für Private.

**10.** 

Unser (See-)Ufer ist teilweise seelenlos: 60% des thurgauischen Ufers sind naturfremd, der öffentliche Zugang ist nur teilweise gegeben. Ufernahe Bauten und Verbauungen nehmen weiter zu und begradigte und eingedolte Fliessgewässer dominieren immer noch unsere Landschaft.

Die SP Thurgau fordert eine nachhaltige Ufernutzung, eine zurückhaltende Bootsstationierung, nur noch leise und ökologische Boote, einen durchgehenden und ufernahen Seezugang sowie einen Seeweg für den Bodensee. Privates Bauen in unmittelbarer Seenähe geht auf Kosten der Allgemeinheit – es braucht seefernere Baulinien. Für Fliessgewässer wollen wir einen ökologisch sinnvollen Hochwasserschutz, renaturierte Flussläufe und eine Öffnung und Ausweitung, wo immer dies möglich ist.

